

Frage der / des Abgeordneten Sükrü Senkal, Klaus Möhle, Björn Tschöpe und
Fraktion der SPD

„Streetwork auf der Bremer Disco-Meile“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Träger des Projektes „Pro Meile“, Vaja e.V. hat der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport im September 2016 mitgeteilt, das Projekt in 2017 nicht fortzuführen. Bereits 2015 hatte der Träger von Problemen bei der Gewinnung ehrenamtlicher Kräfte berichtet. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport hat daraufhin die Förderung von Vaja e.V. für das Vorhaben „Pro Meile“ in 2016 erhöht, damit der Träger mehr hauptamtliche Kräfte einsetzen kann. Im Verlauf des Jahres 2016 hat der Träger festgestellt, dass sich für das Vorhaben keine hauptamtlichen Kräfte dauerhaft gewinnen lassen. Der Träger sah sich daher gezwungen, das Projekt einzustellen.

Eine Evaluation der Kontakte hatte außerdem ergeben, dass der eigentliche Arbeitsschwerpunkt in den Hintergrund getreten war. Das Präventionsprojekt mit dem konzeptionellen Primäraspekt Deeskalation und Jugendberatung, entsprach nicht mehr der Bedarfslage auf der Disco-Meile.

Zu Frage 2:

Die auf der Disco-Meile eingesetzten Polizeibeamten bewerten die Tätigkeiten des Vaja e.V. insbesondere aus sozialen Gründen als sinnvoll.

Mit der Polizei Bremen hat das Team vor Ort in der Regel einen positiven Austausch zur Lage im Bereich Diskomeile gepflegt.

Vaja e.V. hatte deutlich gemacht, dass die reine Präsenz des Projektes für Besucher oder Betreiber an Stellenwert verloren hat.

Zu Frage 3:

Hilfsangebote, die unterhalb von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung in Anspruch genommen werden können, werden grundsätzlich als nützlich erachtet. Der Einfluss der Tätigkeiten des Vaja e.V. auf die polizeilichen Aktivitäten an der Disco-Meile lässt sich nicht im Einzelnen darstellen.

Die bisher für „Pro Meile“ eingesetzten Mittel könnten für Alternativkonzepte auf der Diskomeile eingesetzt werden. Welche Alternativkonzepte sinnvoll und erforderlich sind, wird u.a. in der Lenkungsgruppe „Jugendgewalt“ beraten – die Ausgangssituation gegenüber der Etablierung von „Pro Meile“ im Jahr 2006 hat sich verändert und wird vor dem Hintergrund der 10-jährigen Erfahrungen von Vaja e.V. neu zu bewerten sein. U.a. wird zu prüfen sein, ob aufsuchende Jugendarbeit im Sinne von Beziehungsaufbau zu gefährdeten *Bremer* Jugendlichen mit dem Ziel der Anbahnung weiterführender Hilfe/Förderung das richtige Instrument ist.

Frage der / des Abgeordneten Piet Leidreiter, Christian Schäfer und die LKR Gruppe Bremen

„Hundefreilaufflächen“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Bremische Bürgerschaft hat mit Beschluss vom 24. September 2013 den Senat gebeten, Vorschläge für klare und transparente Regelungen für Hunderauslaufgebiete in Bremen vorzulegen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hat der Deputation den entsprechenden Bericht der Verwaltung für die Sitzung am 03.07.2014 vorgelegt.

Zu Frage 2:

Dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wurden stadtweit 14 potentielle Hunderauslaufflächen vorgeschlagen, davon 12 von den Beiräten über die Ortsämter, zwei weitere von Bürgerinnen und Bürgern.

Zu Frage 3:

Von diesen Flächen wurde die Hunderauslauffläche nördlich der Galopprennbahn im Rahmen eines Pilotprojekts umgesetzt.

Eine weitere geeignete Fläche befindet sich in Planung.

Drei Flächen sind auf Grund entgegenstehender Eigentumsverhältnisse oder rechtlicher Regelungen nicht geeignet. Zwei Flächen wurden von den zuständigen Beiräten abgelehnt. Eine der Flächen wurde von Bürgerinnen und Bürgern vorgeschlagen, eine weitere von einem anderen Beirat.

Für die übrigen Flächen ist die Eignungsprüfung noch nicht abgeschlossen.

Frage der / des Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU

„Lebensmittelabfälle in Schulmensen in Bremen“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Wareneinsatz an den Schulmensen Bremens wird so kalkuliert, dass möglichst wenig Lebensmittel entsorgt werden müssen, die benötigten Mengen können im Vorfeld jedoch nur geschätzt werden. Genaue Angaben über die Menge des nicht verzehrten Essens sind nicht möglich. In einer Umfrage teilen fast alle Ganztags-schulen mit, dass die Menge des weggeworfenen Essens gering ist.

Die Caterer haben i.d.R. einen Vertrag mit einem Unternehmen zur Speiseresteentsorgung. Das Unternehmen tauscht die Speiserestebehälter in einem verabredeten Entsorgungsrhythmus aus und verwertet die organischen Rückstände. Sowohl bei der Speiseresteentsorgung als auch bei der Fettentsorgung garantiert das Unternehmen eine transparente Rückverfolgbarkeit der Reststoffe.

Zu Frage 2:

Wie bereits zu Frage 1 ausgeführt wird, liegen zu den Mengen des weggeworfenen Essens und damit auch zum Verhältnis zu der Menge des verzehrten Essens keine genaueren Angaben vor. Einige Caterer wiegen die Speisereste nach dem Essen und sammeln und dokumentieren die Angaben auf Formularen. Darüber hinaus erfolgt eine regelmäßige Kontrolle der Müllbehälter, um den Rücklauf zu kontrollieren. Dieses Verfahren sorgt dafür, dass der Wareneinsatz gut kalkuliert werden kann und wenig Lebensmittel entsorgt werden müssen.

Zu Frage 3:

Der Anteil der Speisereste soll kontinuierlich weiter reduziert werden. Die Caterer streben in allen Bereichen größtmögliche Nachhaltigkeit an und produzieren die Speisen überwiegend "auf den Punkt". Da sich die Speisepläne im Zeitraum von ca. zwei Monaten wiederholen, kann durch einen Vergleich der bestellten Menge die

Bestellung optimiert werden. Eine Umstellung von "Kellen-" auf "free flow"-Buffetausgabe trägt dazu bei,

dass Schüler/-innen eigenständiger über die gewünschten Essensmengen entscheiden und zur Verringerung der Speisereste beitragen. In Bezug auf neue, den Schüler/-innen bis dahin unbekannte Essensangebote haben sich Probierportionen bewährt, um sie mit den Speisen vertraut zu machen, die Akzeptanz zu erhöhen und die Abfallmenge zu reduzieren.

Durch regelmäßig durchgeführte Mensaausschüsse, bestehend aus Küchenpersonal, sozialpädagogischen Fachkräften, Eltern sowie Schülern und Schülerinnen, wird Transparenz in beide Richtungen geschaffen und über eine Verbesserung der Qualität und der Akzeptanz des Angebots eine weitere Reduzierung der Essensreste erreicht.